

Regiment besteht, wie es strenger kaum an einer völkerrechtlichen Grenze bestehen könnte (s. Rz. 9-19 zu Art. 7). Jedoch sollte dieser faktische Zustand nicht mit der Rechtslage verwechselt werden, die vom rechtlichen Fortbestand eines deutschen Gesamtstaates ausgeht. Freilich ist die Bundesrepublik nach dem Grundlagenvertrag gehalten, die innerdeutsche Grenze so zu behandeln, als ob sie eine völkerrechtliche wäre.

- 3 c) In der Warschauer Deklaration vom 6. 6. 1950 vereinbarten die DDR und Polen, »die festgelegte, zwischen den beiden Staaten bestehende unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße zu markieren«. Sie stellten im »Görlitzer Vertrag« vom 6. 7. 1950<sup>8</sup> fest, daß die Oder-Neiße-Grenze »die Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland bildet«. Damit traf die DDR eine Verfügung, zu der sie völkerrechtlich nicht berechtigt war; denn ihr stand nicht zu, im Namen »Deutschlands« eine Grenzregelung erheblichen Ausmaßes zu treffen und dabei auf große zu Deutschland gehörige Gebiete zu verzichten. Der Deutsche Bundestag stellte am 13. 6. 1950 in seiner Rechtsverwahrung fest, daß die Regelung dieser Grenzfrage rechts wirksam nur durch einen Friedensvertrag erfolgen könne. Im Warschauer Vertrag mit der Volksrepublik Polen<sup>9</sup> erkannte die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Grenze als westliche Staatsgrenze Polens an, betonte aber gleichzeitig, daß diese Anerkennung nur für die Bundesrepublik Deutschland, nicht aber durch sie im Namen »Deutschlands« erfolge. Formell ist so die Kontinuität zur früheren Erklärung gewahrt. Ob faktisch damit nicht doch eine endgültige Entscheidung getroffen wurde, kann nur die Geschichte lehren.
- 3 a d) Im Vertrag zwischen der DDR und der ČSSR über die gemeinsame Staatsgrenze vom 3. 12. 1980<sup>9a</sup> wurde der Verlauf »der historisch entstandenen und zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages bestehenden gemeinsamen Staatsgrenze« in einer Grenzdokumentation festgelegt, die durch das »Protokoll zwischen den Regierungen der DDR, der CSSR und Polens über die Festlegung des Berührungspunktes der Staatsgrenzen Deutschlands, der Tschechoslowakei und Polens sowie über die Maßnahmen der Instandhaltung des an dem Berührungspunkt der Staatsgrenzen aufgestellten Grenzzeichens« vom 27. 3. 1953 ergänzt wurde.
- 4 e) Die Einbeziehung des Luftraumes und der Territorialgewässer in das Staatsgebiet entspricht dem Völkerrecht. Unter Territorialgewässern wird das »Küstenmeer« verstanden, das in einer bestimmten Breite vor der Küste eines Staates liegt (D. B. Lewin u.a., Völkerrecht, Lehrbuch, S. 264). Die DDR nimmt die herkömmliche Dreimeilenzone für sich in Anspruch (Gerhard Reintanz, Die Inanspruchnahme ...). Mit Wirkung vom 1.1. 1978 errichtete die DDR eine Fischereizone in der Ostsee aufgrund des Mittellinienprinzips<sup>10</sup>. Darin übt sie »souveräne Rechte zum Zwecke der Erforschung, Erhaltung, Nutzung und Bewirtschaftung des Fischbestandes und der anderen lebenden Ressourcen aus«. Im Gesetz über den Fischfang in der Fischereizone der Deutschen Demokratischen

8 GBl. S. 1205.

9 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. 12. 1970 (BGBl. 1972 II, S. 362).

9a GBl. 1981 II, S. 49.

10 Verordnung über die Errichtung einer Fischereizone der Deutschen Demokratischen Republik in der Ostsee vom 22.12. 1977 (GBl. I S. 429).